

## Verfolgungslage der Bahá'í im Iran – 9. Dezember 2024

Seit der Islamischen Revolution von 1979 sind die Bahá'í im Iran das Ziel einer staatlich-klerikal betriebenen systematischen Verfolgung und Unterdrückung mit über 200 Hinrichtungen und zahlreichen Fällen von Inhaftierung und Folter direkt nach der Revolution. Die Wurzel dieser Verfolgung ist, dass die 1844 gestiftete Bahá'í-Religion nachislamisch ist und damit als Häresie eingestuft wird. Die Systematik der Verfolgung in der Islamischen Republik Iran wurde 1991 in einem vom damaligen Sekretär des Obersten Kulturrats, Muhammad Golpaygani, ausgefertigten und vom Obersten Führer Khamenei unterzeichneten Memorandum zur „Bahá'í-Frage“ ([Golpaygani-Memorandum](#)) dokumentiert, das bis heute die Grundlage der systematischen Verletzung bürgerlich-politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte ist. Im Gegensatz zu den Anhängern der „anerkannten Religionen“, die in Artikel 13 der iranischen Verfassung abschließend aufgezählt sind, können Bahá'í keine verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch nehmen.

Die Verfolgung beinhaltet willkürliche Festnahmen und Haftstrafen, Bildungsverweigerung, wirtschaftliche Unterdrückung, mediale Hasskampagnen und Friedhofsschändungen. Sie umfasst somit die gesamte Lebensspanne „von der Wiege bis ins Grab und darüber hinaus“ (Prof. Heiner Bielefeldt, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über Religionsfreiheit). Im diesen Jahr wurde die Verfolgung der Bahá'í in umfangreichen Berichten der Menschenrechtsorganisationen [Human Rights Watch](#) und [Abdollahian Boroumand Centre](#) analysiert und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeordnet.

Die folgenden Trends wurden von Juli 2023 bis heute beobachtet:

### 1. Zunahme der Angriffe auf Bahá'í-Frauen: Verhaftungen und Inhaftierungen

Seit den frauenrechtlichen Protesten im Jahr 2022 haben die [Angriffe auf Bahá'í-Frauen](#) massiv zugenommen. Die Anzahl der Verhaftungen und langjährigen Gefängnisstrafen ist erheblich gestiegen. Die betroffenen Frauen werden auf traumatische Weise von ihren Familien getrennt – viele von ihnen haben kleine Kinder. Außerdem werden sie der Grausamkeit des iranischen Justizsystems ausgesetzt. Bis Mitte 2024 waren 72 der 93 Bahá'í, die vor Gericht oder ins Gefängnis gebracht wurden, Frauen, was mehr als drei Viertel der Verfolgten ausmacht.

Im Oktober 2024 wurden zehn Bahá'í-Frauen in Isfahan wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik“ und „Teilnahme an abweichenden Bildungsaktivitäten, die gegen das islamische Scharia-Recht verstoßen“ zu insgesamt 90 Jahren Gefängnis, hohen Geldstrafen, Beschlagnahmung von Eigentum, Reiseverboten und anderen Einschränkungen verurteilt. Diese Aktivitäten standen im Zusammenhang mit der Organisation von Englisch-, Mal-, Musik- und Yogakursen sowie Naturausflügen für iranische und afghanische Kinder und Jugendliche. Die meisten dieser zehn Frauen aus Isfahan sind in ihren Zwanzigern und Dreißigern. Die Anklagen gehen auf Privatklagen zurück, die von Regierungsagenten erwirkt wurden, die Nachbarn der Frauen mit Drohanrufen und Vorladungen zum Gericht unter Druck setzten. Die Urteile wurden gemäß Zusatzartikel 500 des iranischen Strafgesetzbuches verhängt, der im Wesentlichen die Gewissensfreiheit in Bezug auf religiöse Überzeugungen kriminalisiert.

Im Oktober 2023 wurden 26 Bahá'í, 16 davon Frauen, zu insgesamt 126 Jahren Gefängnis verurteilt. Einen Monat später, im November 2023, wurden weitere sechs Bahá'í-Frauen aus Isfahan für einen Monat inhaftiert und mussten unter harten Bedingungen in der Quarantänestation des Dolat-Abad-Gefängnisses ausharren. Die absichtliche Verzögerung ihrer medizinischen Versorgung, der eingeschränkte Zugang zu warmem Wasser und die Verweigerung von Informationen über die Gründe für ihre Verhaftung oder die gegen sie erhobenen Anklagen unterstreichen den alarmierenden Anstieg der [brutalen neuen Strategie](#) der iranischen Regierung gegen Bahá'í-Frauen.

Im größeren Zusammenhang der gezielten Verfolgung von Frauen im Iran ist diese dramatische Zunahme der Verfolgung von Bahá'í-Frauen eine alarmierende Eskalation, die eine Gruppe von Menschen in doppelter Hinsicht – also intersektional – betrifft: als Frauen und als Mitglieder der Bahá'í-Religion. Bahá'í-Frauen sind dem gleichen Druck ausgesetzt wie alle Frauen im Iran, aber zusätzlich wird ihnen der Zugang zu Bildung und öffentlicher Beschäftigung verweigert, und sie werden verhaftet und inhaftiert, weil sie dem Bahá'í-Glauben angehören.

### 1.1 Gewalttätige Hausdurchsuchungen gegen ältere und gebrechliche Frauen

Im vergangenen Jahr kam es in Shiraz, Yazd, Isfahan und zuletzt in Hamedan und Karaj zu einem systematischen Programm von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Viele Verhaftungen gingen mit gewaltsamen Hausdurchsuchungen einher, von denen Frauen und ältere Menschen unverhältnismäßig stark betroffen waren und die oft zu Krankenhausaufenthalten aufgrund von Traumata und Stress führten. Es gab auch eine Zunahme von Fällen, in denen Mütter gewaltsam von ihren kleinen Kindern getrennt wurden und denen während der Inhaftierung Familienbesuche verweigert wurden.

Im November 2023 wurde eine ältere Dame aufgrund des extremen Stresses infolge der Hausdurchsuchungen mit einem Krankenwagen in eine Herzklinik gebracht und eine andere auf die Intensivstation verlegt. Eine weitere wurde schwer krank und erlitt einen leichten Schlaganfall, der eine Wiederbelebung durch Sanitäter erforderte. Außerdem wurde eine ältere Dame, die an Alzheimer leidet, während einer Razzia aggressiv angegriffen und eingeschüchtert. Das Haus einer 82-jährigen Frau wurde gewaltsam aufgebrochen, ihre Habseligkeiten durchsucht und umgeworfen und ihre Wohnung in ihrer Abwesenheit beschädigt.

Die gezielte Ausrichtung auf ältere und gebrechliche Frauen sowie Mütter unterstreicht nicht nur die geschlechtsspezifische Natur der Verfolgung, sondern auch den kalkulierten Einsatz psychologischer Gewalt zur Einschüchterung und Schikanie gefährdeter Bevölkerungsgruppen.

### 2. Zunahme von Hassreden

Im vergangenen Jahr war ein auffälliger Anstieg von organisierten Hasskampagnen und Hassreden gegen die Bahá'í-Gemeinde zu verzeichnen. Diese zeichnen sich durch die Verbreitung von Fehlinformationen sowohl über traditionelle als auch über soziale Medien aus. Dabei werden sich wiederholende und koordinierte Taktiken eingesetzt, um öffentliche Feindseligkeit gegen die Bahá'í-Gemeinde zu provozieren, negative Stereotypen im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, das psychische Wohlbefinden der Bahá'í zu beeinträchtigen, Spaltungen zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Iran zu untergraben.

Soziale Medien sind zur wichtigsten Plattform für die Verbreitung von Hass gegen die Bahá'í geworden. Seit 2023 sind in den von der Regierung kontrollierten sozialen Medien und auf Webseiten etwa 200.000 Beiträge mit Hassreden erschienen. Dieselben negativen Inhalte werden oft unter anderen Titeln erneut veröffentlicht, um Fehlinformationen zu verstärken, und identische Botschaften werden gleichzeitig auf verschiedenen Websites verbreitet, was auf eine strategisch organisierte Kampagne hindeutet. Religiöse Führer, darunter der Oberste Führer Ayatollah Ali Khamenei, haben mehrere Dekrete erlassen, in denen Bahá'í als „abweichend“, „moralisch korrupt“, „irregeleitet“ oder „unrein“ bezeichnet werden. Darüber hinaus wurden die Bahá'í durch Fehlinformationen und falsche Anschuldigungen als Agenten Israels, Spione ausländischer Regierungen und Anstifter der Proteste vom September 2022 dargestellt.

Im Jahr 2023 kam es zu mehreren Hasskampagnen im Internet, die hauptsächlich von staatlichen Nachrichtenagenturen verbreitet wurden, die mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) und Ayatollah Ali Khamenei in Verbindung stehen. Im Juli 2023 koordinierten die Cyberarmee der Islamischen Republik und das vom IRGC unterstützte Institut Masaf eine Online-Kampagne unter dem Hashtag [#امیر کبیر مجکریم](#), die Gewalt gegen Bahá'í verherrlichte und einforderte.

### 3. Verweigerung kultureller Rechte

#### 3.1 Verletzung des Rechts auf Bestattung

Ein weiterer Trend, der im vergangenen Jahr beobachtet wurde, ist die fortschreitende Aushöhlung der Bestattungsrechte der Bahá'í sowie Maßnahmen der iranischen Regierung, Bahá'í-Friedhöfe landesweit zu verwüsten, zu zerstören und die Kontrolle über sie zu übernehmen.

Im März 2024 wurden mehr als 30 neue Gräber verstorbener Bahá'í in einem Massengrab in Teheran von den iranischen Behörden [geschändet](#), die Grabmarkierungen entfernt und die Ruhestätten mit Bulldozern eingeebnet. Die iranische Regierung nutzt diese Stätte seit mehr als zwei Jahren, um Bahá'í gegen den Willen und ohne die Anwesenheit ihrer Hinterbliebenen zu begraben und ohne die Bestattungspraktiken der Bahá'í zu achten.

Zum Jahresende 2023 wurde der seit 120 Jahren bestehende Bahá'í-Friedhof in der Stadt Arak beschlagnahmt und versteigert, ohne dass die Bahá'í an der Auktion teilnehmen durften. Darüber hinaus wurde ein Bahá'í-Friedhof in Karaj von den Behörden eingezäunt und es wurden schrittweise Maßnahmen ergriffen, um die Kontrolle über seine Verwaltung zu übernehmen. Die Verwaltung des Bahá'í-Friedhofs in Teheran wurde von Agenten des Geheimdienstministeriums in Abstimmung mit der Behörde für muslimische Friedhöfe (Behesht-e-Zahra) gewaltsam übernommen, wobei die Bahá'í, die zuvor an seiner Aufsicht beteiligt waren, inhaftiert wurden.

### 3.2 Zunehmende Ausgrenzung aus kulturellen Räumen

Des Weiteren wurde eine zunehmende Anzahl von Bahá'í aus kulturellen Räumen ausgegrenzt, beispielsweise indem Bahá'í-Musikern Auftritte bei Konzerten untersagt wurden. Dies verschlimmert nicht nur die psychologischen Auswirkungen auf die Betroffenen, sondern verdeutlicht auch den Versuch der iranischen Regierung, Kunst und Kultur als Waffe einzusetzen.

Im Mai 2024 wurde ein hochgelobter junger Bahá'í-Schlagzeuger aus Golestan allein aufgrund seiner Religion aktiv diskriminiert. Der Musiker sollte zusammen mit anderen bekannten Musikern in Gorgan auftreten. Obwohl die Konzertveranstalter die erforderlichen Genehmigungen der örtlichen Behörden eingeholt hatten, wurde dem Musiker eine Stunde vor dem Konzert plötzlich die Teilnahme untersagt. Als Grund für seinen Ausschluss gaben die Behörden seine Religionszugehörigkeit an. Darüber hinaus wurde im Oktober 2023 eine Bahá'í-Musikerin aus Hamadan daran gehindert, in der Stadt aufzutreten. Ihre Musikgruppe wandte sich an das Büro des Ministeriums für Kultur und Islamische Führung, um eine Genehmigung für ein Konzert in einer der Hallen in Hamadan zu erhalten. Nachdem dem Beratungsbüro die Namen der Gruppenmitglieder mitgeteilt worden waren, teilte es dem Dirigenten mit, dass zwei der Gruppenmitglieder nicht auftreten dürfen, darunter die Bahá'í-Musikerin.

### 4. Verweigerung höherer Bildung

Jungen Bahá'í im ganzen Iran wird aufgrund der offiziellen Staatsdoktrin weiterhin der Zugang zu Universitäten verwehrt. Dadurch wird auch ihr Recht auf eine berufliche Tätigkeit und eine erfolgreiche Zukunft zunichte gemacht. Im September 2023 wurden zahlreiche Bahá'í aufgefordert, für die Zulassung zu Universitäten, ein obligatorisches [Erklärungsformular](#) zu unterzeichnen, in dem sie ihren Glauben ablegen mussten. Das Formular enthält eine schriftliche Verpflichtung, in der die Unterzeichner sich von den Institutionen der Bahá'í-Gemeinde distanzieren müssen. Junge Bahá'í dazu zu nötigen, sich zwischen ihrem Studium und ihrem Glauben zu entscheiden, ist ein eklatanter Verstoß sowohl gegen das Recht auf Bildung als auch gegen das Recht auf Religionsfreiheit. Bahá'í-Jugendliche, die nach alternativen Bildungswegen suchen, werden von den iranischen Behörden schikaniert. Bahá'í, denen der Zugang zur Universität verwehrt wird, besuchen oft Kurse in ihren eigenen vier Wänden, die vom [Bahá'í Institute of Higher Education \(BIHE\)](#) organisiert werden, einer Ad-hoc-Bildungseinrichtung, die geschaffen wurde, um jungen Bahá'í den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen. Im Februar 2024 wurde das Haus von Frau Zabihi, in dem eine BIHE-Prüfung stattfand, von Geheimdienstagenten durchsucht und Lehrbücher beschlagnahmt. Nachdem die Agenten sie beleidigten und gewalttätig behandelten, protestierte ihr kleiner Sohn und wurde daraufhin vor den Augen seiner Mutter geschlagen.

### 5. Verweigerung des Rechts auf Privatsphäre: verstärkte Überwachung

Im letzten Jahr gab es eine Reihe von aufdringlichen Überwachungsvorfällen gegen Bahá'í-Haushalte, Einzelpersonen und Friedhöfe. Ende 2023 wurde in Zahedan vor dem Haus einer Bahá'í-Familie eine Überwachungskamera installiert. Die Agenten schüchtern die Nachbarn ein und wiesen sie an, den Umgang mit dieser Bahá'í-Familie zu unterlassen, obwohl die Familie hoch angesehen war und man ihr vertraute. Die Nachbarn berieten sich mit der Familie in dieser Angelegenheit und beschlossen, ihre Interaktionen mit ihnen in ihrem Haus einzuschränken. Dieser Fall ist nur eines von vielen Beispielen für die Strategie der Regierung, Bahá'í vom Rest der iranischen Gesellschaft zu trennen.

Darüber hinaus wurden Bahá'í-Angehörige, die zu Unrecht und ohne stichhaltige Beweise verhaftet wurden, häufig mit einer entwürdigenden Fußfessel überwacht, um ihre Bewegungen zu kontrollieren.

Es gab auch eine Zunahme von Überwachungsmaßnahmen, die sich gegen Bahá'í-Friedhöfe richteten. Am 8. Dezember 2023 wurden die Stämme einer großen Anzahl von Kiefern gefällt, die den Bahá'í-Friedhof von Teheran zierten. Es scheint, dass diese Maßnahme dazu dienen sollte, die

Installation von Sicherheitskameras durch die Geheimdienste zu erleichtern, um die Aktivitäten auf dem Friedhof zu überwachen – eine Maßnahme, die während der Zeit, in der die Bahá'í-Gemeinde den Friedhof verwaltete, nie zuvor erforderlich war. Weitere Entwicklungen auf dem Friedhof ereigneten sich am 11. April 2024, als Geheimdienstmitarbeiter die Besuche im unteren Teil des Friedhofs einschränkten und die Überwachung in der Umgebung verstärkten, indem sie ein Netz von Sicherheitskameras rund um den Friedhof installierten, um die Aktivitäten aller Besucher zu überwachen. Diese aufdringlichen Überwachungsaktivitäten stellen eine grobe Verletzung und einen Eingriff in die Privatsphäre all derer dar, die die Gräber ihrer Angehörigen besuchen möchten.

### **6. Intensivierung der Beschlagnahmung und Zerstörung von Grundstücken**

Seit fast fünf Jahrzehnten setzt die iranische Regierung verschiedene Formen der wirtschaftlichen Strangulierung der Bahá'í ein. Im vergangenen Jahr hat die Beschlagnahme und Zerstörung von Eigentum und Ackerland im Besitz der Bahá'í zugenommen, um sie ihres Rechts auf Erwerb des Lebensunterhalts zu berauben.

Im Mai 2024 wurden Reisfelder im Besitz von Bahá'í in den Provinzen Ahmadabad und Mazandaran von Regierungsagenten [mit Bulldozern planiert](#), wodurch Ernten und Bewässerungsdämme zerstört wurden. Die Bahá'í in dieser ländlichen Gegend besitzen und bewirtschaften dieses Land seit Generationen. Solche Maßnahmen tragen zur wirtschaftlichen Entrechtung bei und machen es für Bahá'í immer schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Darüber hinaus wurden im Januar 2024 Ackerland, Reisfelder und Walnussplantagen von Bahá'í-Familien im Dorf Ahmadabad von iranischen Beamten beschlagnahmt, die das Land im Namen der iranischen Regierung beanspruchten.

### **7. Beschlagnahmung von Eigentumsgegenständen**

Ein weiterer beunruhigender Trend ist die Art der Gegenstände, die aus den Häusern der Bahá'í beschlagnahmt werden. Während bei früheren Beschlagnahmungen häufig Bahá'í-Bücher, -Dokumente und -Fotos sowie mobile elektronische Geräte und Computerausrüstung im Mittelpunkt standen, wurden bei Durchsuchungen und Beschlagnahmungen im letzten Jahr auch Bargeld, Gold und Schmuck, Eigentumsurkunden, Ausweispapiere und Pässe sowie Werkzeuge und Geräte für den Haushalt beschlagnahmt, die denjenigen, die zuvor mit erzwungenen Geschäfts- und Ladenschließungen konfrontiert waren, als Lebensgrundlage dienen.

Die beschlagnahmten Wertgegenstände und Bargeld werden nur selten an die Eigentümer zurückgegeben, und die Beschlagnahme von arbeitsbezogenen Werkzeugen und Eigentumsurkunden zielt eindeutig darauf ab, die Bahá'í-Gemeinde in einer für die meisten Bürger im ganzen Land bereits katastrophalen wirtschaftlichen Situation weiter zu verarmen und zu demoralisieren.

### **8. Aushöhlung der Bürgerrechte der Bahá'í**

Der letzte Trend ist die fortschreitende gesetzliche Aushöhlung der Bürgerrechte der Bahá'í, insbesondere in Bezug auf die Registrierung und Anerkennung von Bahá'í-Ehen. Früher wurden Bahá'í-Ehen von Notaren in einem physischen Register eingetragen und es wurde eine Heiratsurkunde ausgestellt. Im letzten Jahr hat die Regierung ein digitales Online-Registrierungssystem eingeführt, das den Antragstellern keine Möglichkeit bietet, im Eingabefeld für die Religionszugehörigkeit „Bahá'í“ oder „andere“ als Religion auszuwählen. Dies macht jeden Antrag ungültig, wenn das Feld leer gelassen wird. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Registrierung der Eheschließung selbst oder auf spätere Geburtenregistrierungen, da die Kinder von Eltern ohne Heiratsurkunde nach dem Gesetz als unehelich gelten würden, was die hasserfüllte Darstellung der Propagandaorgane der Regierung, dass Bahá'í ein unmoralisches Leben führen, weiter nährt.